

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel,
Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/14152 –

Abzug der US-Soldaten aus Deutschland

A. Problem

Die Antragsteller wenden sich gegen die weitere Stationierung von Streitkräften der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Ihre Präsenz und ihre Verwendung seien mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Stützpunkte und Truppen würden durch die amerikanische Regierung zur Unterstützung teils völkerrechtswidriger militärischer Einsätze im Nahen und Mittleren Osten und zur Eskalation der Spannungen mit Russland genutzt. Eine weitere deutsche Beteiligung an der Finanzierung der Stationierung dieser und anderer ausländischer Streitkräfte sei vor diesem Hintergrund nicht länger zu rechtfertigen. Die Bundesregierung solle die einschlägigen Abkommen und Vereinbarungen kündigen, die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO beenden und künftig jede Stationierung ausländischer Truppen auf deutschen Boden ausschließen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14152 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Petr Bystron
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dr. Nils Schmid, Petr Bystron, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/14152** in seiner 146. Sitzung am 13. Februar 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller wenden sich gegen die weitere Stationierung von Streitkräften der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Ihre Präsenz und ihre Verwendung seien mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar. Stützpunkte und Truppen würden durch die amerikanische Regierung zur Unterstützung teils völkerrechtswidriger militärischer Einsätze im Nahen und Mittleren Osten und zur Eskalation der Spannungen mit Russland genutzt. Eine weitere deutsche Beteiligung an der Finanzierung der Stationierung dieser und anderer ausländischer Streitkräfte sei vor diesem Hintergrund nicht länger zu rechtfertigen. Die Bundesregierung solle die einschlägigen Abkommen und Vereinbarungen kündigen, die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO beenden und künftig jede Stationierung ausländischer Truppen auf deutschen Boden ausschließen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14152 in seiner 59. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14152 in seiner 59. Sitzung am 17. Juni 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 17. Juni 2020

Jürgen Hardt
Berichtersteller

Dr. Nils Schmid
Berichtersteller

Petr Bystron
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstatteerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

